

Amerikas AHV soll an die Börse

George W. Bush will einen Teil der US-Altersversicherung privatisieren. Sein Rivale ums Präsidentenamt, Al Gore, ist strikt dagegen.

Von Ignaz Staub, Washington

Laut jüngsten Umfragen halten 92 Prozent der Amerikaner die Social Security, die Alters- und Hinterbliebenenversicherung, für ein «sehr wichtiges» oder «eingermaßen wichtiges» Thema im Präsidentschaftswahlkampf. Rund die Hälfte der Befragten bezweifeln, ob dereinst, wenn sie in Pension gehen, noch genügend Geld vorhanden sein wird, um ihre Ansprüche auszuzahlen.

Derzeit sind 44,8 Millionen Amerikaner bezugsberechtigt, eine Zahl, die bis 2030 auf Grund der Bevölkerungsstruktur auf 82,7 Millionen anwachsen soll. Noch erwirtschaftet die Altersversicherung beträchtliche Überschüsse. Im Jahr 2025 aber dürfte die amerikanische AHV mehr auszahlen, als sie an Beiträgen und Zinsen einnimmt. In den USA gehen 12,4 Prozent des Lohns an die Social Security, wobei Arbeitnehmer und Arbeitgeber je die Hälfte der Beiträge bezahlen. Im Jahr 2037 wird der US-Altersversicherung laut heutigen Schätzungen das Geld ausgehen – es sei denn, sie wird reformiert.

Kandidaten sind gefordert

Ideen, wie Washington die staatliche Altersversorgung sanieren soll, tun also Not. Entsprechend gefordert sind in einem Wahljahr auch die Präsidentschaftskandidaten, umso mehr, als das Thema Social Security nicht nur einzelne Wählerschichten, sondern längerfristig alle Amerikaner betrifft. Als erster Kandidat hat der Republikaner George W. Bush am Montag bei einem Auftritt vor Senioren in Rancho Cucamonga (Kalifornien) einen Plan enthüllt, wie Amerikas Rentensystem gesunden soll. Bush schlägt vor, einen Teil der AHV-Beiträge privat an der Börse und auf dem Anleihenmarkt zu investieren, um so den Ertrag der Einzahlungen zu steigern. Ausser grösseren Erträgen können laut dem Gouverneur von Texas sonst lediglich eine Erhöhung der Beiträge oder verminderte Ansprüche das Problem der Geldknappheit lösen. Zwar nennt der Republikaner keine exakten Zahlen, aber Leute aus seinem Umfeld geben an, dass Arbeitnehmer die Erlaubnis bekommen sollen, rund ein Sechstel ihrer Beiträge nach eigenem Gutdünken anzulegen.

«Es gibt grundlegende Unterschiede zwischen meinem Opponenten (Al Gore) und mir», sagte Bush in Rancho Cucamonga. «Er vertraut lediglich der Regierung, unsere Altersversorgung zu mana-

gen. Ich vertraue den Amerikanern, ihre eigenen Entscheide zu fällen und ihr eigenes Geld zu verwalten.» Laut Umfragen befürworten in den USA mehr als die Hälfte eine Teilprivatisierung der Social Security, wobei sie sich der Risiken von Börsenanlagen bewusst sind.

«Radikal und risikoreich»

Vizepräsident Al Gores Antwort liess am Montag nicht lange auf sich warten. In einer Rede in Glenside (Pennsylvania) warf der Demokrat seinem Rivalem im Rennen um das Weisse Haus vor, mutwillig die Zukunft der amerikanischen Altersversicherung aufs Spiel zu stellen. «Falls wir die Social Security in ein System von Gewinnern und Verlierern verwandeln, gefährden wir für zu viele Amerikaner die Sicherheit im Alter», sagte Gore. «Am Ende werden wir alle die Differenz bezahlen müssen.»

Al Gore schlägt seinerseits vor, künftig einen Teil der Steuereinnahmen auf die Altersversicherung umzulegen sowie die Staatsverschuldung zu verringern, um die frei werdenden Mittel der Social Security zuzuführen. Bushs Plan nennt der Vizepräsident – wie sein Gegner, «der Reformier mit Resultaten», um Alliterationen nie verlegen – «radikal und risikoreich». Der Gouverneur dagegen wirft Gore Angstmacherei vor: «Er will den Senioren Furcht einflössen, damit sie für ihn stimmen.»